

"Zeitenwende" für die Bundeswehr?

Autor(en): **Goertz, Stefan**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz**

Band (Jahr): **97 (2022)**

Heft 4

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-1006019>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

«Zeitenwende» für die Bundeswehr?

Der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz sprach drei Tage nach dem Beginn des Krieges in der Ukraine – und damit nach dem Beginn eines neuen Ost-West-Konfliktes auf der Ebene eines Krieges in Europa – von einer «Zeitenwende» und versprach der Bundeswehr ein Sondervermögen von 100 Milliarden Euro sowie das zukünftige Erfüllen des Zwei-Prozent-Ziels der NATO.

Prof. Dr. Stefan Goertz, Bundespolizei, Hochschule des Bundes, Lübeck

Die deutsche Aussenministerin Annalena Baerbock (Bündnis 90/Die Grünen) sagte am Morgen des Kriegsbeginns in der Ukraine, dem 24.2.22, der in die Geschichtsbücher Europas eingehen wird: «Wir sind heute in einer anderen Welt aufgewacht», «wir sind fassungslos», «dieser Krieg wird für uns alle Folgen haben».

Ebenfalls am 24.2.22 stellte Generalleutnant Alfons Mais, der Inspekteur des deutschen Heeres, also der höchste Soldat des deutschen Heeres, fest: «Die Bundeswehr, das Heer, das ich führen darf, steht mehr oder weniger blank da».

Als Schlussfolgerung in Bezug auf den Krieg in der Ukraine und einen neuen Ost-West-Konflikt in Europa bewertete Generalleutnant Mais den Zustand des deutschen Heeres sehr zurückhaltend: «Die Optionen, die wir der Politik zur Unterstützung des Bündnisses anbieten können, sind extrem limitiert».

Den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine verurteilte General Mais scharf – allerdings auch die vorangegangene Politik der NATO: «Wir haben es alle kommen sehen und waren nicht in der Lage, mit unseren Argumenten durchzudringen, die Folgerungen aus der Krim-Annexion zu ziehen und umzusetzen», schrieb er und fügte hinzu: «Das fühlt sich nicht gut an! Ich bin angegriffen!».

Daher warb Mais am ersten Kriegstag für eine Neuausrichtung der deutschen Verteidigungspolitik. «Wann, wenn nicht

jetzt, ist der Zeitpunkt, den Afghanistan-einsatz strukturell und materiell hinter uns zu lassen und uns neu aufzustellen», fragte der General, der von 2018 bis 2019 als Chef des Stabes der Mission «Resolute Support» in Afghanistan im Einsatz war.

Um seinen verteidigungspolitischen Forderungen Nachdruck zu verleihen, erklärte General Mais, dass die Bundeswehr und Deutschland anderenfalls ihren verfassungsmässigen Auftrag sowie seine Bündnisverpflichtungen «nicht mit Aussicht auf Erfolg umsetzen» könne.

Die Vorsitzende des Verteidigungsausschusses im Deutschen Bundestag, Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP), hielt die Kritik von General Mais wegen einer finanziellen und politischen Vernachlässigung der Bundeswehr grundsätzlich für berechtigt. «Der Zeitpunkt der Aussagen von General Mais mag unglücklich erscheinen», sagte die Bundestagsabgeordnete. «Den Menschen in Deutschland, die einer gut ausgerüsteten Bundeswehr bisher kritisch gegenüber standen, wird angesichts des russischen Überfalls auf die Ukraine allerdings deutlich gemacht, wie wichtig eine gut ausgestattete Bundeswehr ist.»

Nach Angaben des erfahrenen Korrespondenten der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ), Peter Carstens, habe die neue deutsche Verteidigungsministerin, Christine Lambrecht (SPD), die in der vorherigen Bundesregierung Justizministe-

rin war, die Belange des deutschen Heeres bis zum 24.2.22 «ignoriert». Vergeblich soll sich General Mais als Inspekteur des Heeres um Termine bei der Verteidigungsministerin bemüht haben, um seine Vorstellungen und akuten Nöte des Heeres darzulegen.

Statt zum Heer reiste die Verteidigungsministerin nach Angaben der FAZ zunächst lieber zur Streitkräftebasis, dann zur Marine, dann zur Luftwaffe.

Erst Anfang Februar, zwei Monate nach Dienstantritt, gab es einen kurzen Antrittsbesuch beim Heer in Munster. Dazu kommt, dass die neue Verteidigungsministerin die anstehende Reform der Heeresstruktur, niedergelegt im Eckpunktetpapier ihrer Vorgängerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) und des Generalinspektors Eberhard Zorn, vor ihrem Antrittsbesuch beim Heer schon vom Tisch genommen hatte.

Eine Arbeitsgruppe, geleitet von ihrer Vertrauten, Staatssekretärin Margaretha Sudhof, solle stattdessen in den kommenden Monaten eine «Bestandsaufnahme» erarbeiten. «Militärischer Sachverstand sei dabei nicht gefragt [...]. Im Gegenteil. Lambrecht verstärkte ihr Team von zivilen Sozialdemokraten» zitiert der gut informierte FAZ-Korrespondent Carstens Quellen aus dem deutschen Verteidigungsministerium.

Noch Tage vor dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine wollte die Ampel-Koalition im Bundestag den Verteidigungsetat von 50,3 Milliarden Euro auf 46,7 Milliarden Euro absenken. Die Tageszeitung Die Welt sprach in Bezug darauf von einer «milliardenschweren Glaubwürdigkeitslücke» dieser Bundesregierung.

Die Bundeswehr soll 100 Milliarden Euro als Sondervermögen erhalten. Damit verbunden soll zukünftig das Zwei-Prozent-Ziel der NATO erfüllt werden.

Das Geld werde mit dem Bundeshaushalt 2022 bereitgestellt, kündigte Bundeskanzler Scholz an.

Die Bundeswehr brauche «angesichts der Zeitenwende durch den russischen Angriff auf die Ukraine neue, starke Fähigkeiten», erklärte Bundeskanzler Scholz. Massstab müsse sein, «dass alles getan werde, was für die Sicherung des Friedens in Europa gebraucht werde [...]. Klar ist: Wir müssen deutlich mehr investieren in

die Sicherheit unseres Landes, um auf diese Weise unsere Freiheit und unsere Demokratie zu schützen», erklärte Scholz.

Das Ziel sei eine «leistungsfähige, hochmoderne und fortschrittliche Bundeswehr». Das werde viel Geld kosten, müsse aber erreichbar sein «für ein Land unserer Grösse und Bedeutung in Europa».

Essentieller Bedarf

Der Bundeswehrverband beklagte am 26.2. – aber auch schon Wochen und Monate zuvor – «massive Probleme» bei Munition, Fahrzeugen, Schiffen, Flugzeugen und Ersatzteilen. Als Reaktion auf den Krieg in der Ukraine forderte der Vorsitzende des Bundeswehrverbands, André Wüstner, ein Sofortprogramm zur Verbesserung der Ausrüstung der Bundeswehr und eine weitere Erhöhung des Verteidigungsetats: «Warten ist nicht mal mehr die zweitbeste Option [...]. Wir haben im Bereich Munition, Fahrzeuge, Schiffe, Flugzeuge, Ersatzteile massive Probleme.» Die Politik müsse jetzt «endlich aufwachen». Das gelte nicht nur für die strategische Neuausrichtung in der Russlandpolitik, sondern auch für die Aufstellung der Bundeswehr.

Der neue CSU-Generalsekretär Stephan Mayer forderte am 26.2.22 eine deutliche Erhöhung des Verteidigungshaushalts. Es gelte, «die Bündnis- und die Verteidigungsfähigkeit der Bundeswehr zu verbessern und ganz konkret das Zwei-Prozent-Ziel auch möglichst bis 2023 dann auch anzustreben», sagte Mayer. Vor dem Beginn des Ukraine-Krieges der Verteidigungshaushalt Deutschlands bei 1,55 Prozent.

Zu den ukrainischen Forderungen nach deutschen Waffen und militärischer Ausrüstung sagte der Vorsitzende des Bundeswehrverbands: «Wir können ja nicht das liefern, was wir selbst nicht haben», sagte er.

Die Ukraine hat der Bundesregierung eine Wunschliste vorgelegt, auf der unter anderem Nachtsicht-, Ortungs- oder Minenräumgeräte stehen.

Die Bundesregierung lehnt die Lieferung tödlicher Waffen aus prinzipiellen Gründen ab, will aber gegebenenfalls sonstige Rüstungsgüter liefern. SPD-Fraktionschef Rolf Mützenich warnte direkt nach der im Bundestag ausgerufenen «Zeitenwende» davor, höhere Militäraus-



Bilder: Bundeswehr

Der Bundeswehrverband beklagte am 26.2. – aber auch schon Wochen und Monate zuvor – «massive Probleme» bei Munition, Fahrzeugen, Schiffen, Flugzeugen und Ersatzteilen. Im Bild: Marineoffiziere bei einer Ausbildung.

gaben als alleinige Reaktion auf den Ukraine-Krieg einzuplanen.

«Wir werden der Bundeswehr alles zur Verfügung stellen, was sie für ihren Auftrag benötigt. Aber immer noch mehr Aufrüstung kann nicht die Antwort sein».

Am 15.3.2022 legte die Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages, Eva Högl (SPD), ihren mit Spannung erwarteten aktuellen Jahresbericht vor. Der Themenbereich «20 Jahre Frauen in der Bundeswehr» umfasst sieben Seiten und steht in Kapitel drei am Anfang des Jahresberichtes. Der politisch und medial seit dem Krieg in der Ukraine so intensiv und emotional besprochene Themenbereich «Material» wird in Kapitel sechs auf sechs Seiten besprochen, das Thema «Vereinbarkeit Familie und Beruf» auf sieben Seiten.

Im sechsten Kapitel, «Material», führt die Wehrbeauftragte aus, dass bei sogenannten «Altsystemen» die durchschnittliche materielle Einsatzbereitschaft bei «sieben Systemen unter 50 Prozent und insgesamt nur bei 68 Prozent» liege. Zu nennen sind hier beispielhaft der Schützenpanzer MARDER, der Kampfjet TORNADO oder der Mehrzweckhubschrauber SEA KING. Auch der Hubschrauber CH-53, den es seit 1972 in der Bundeswehr gibt, gehört dazu. Ebenso wie bei den anderen genannten Systemen fehlen hier inzwischen wichtige Austauschteile, die überdies nur unter grössten Anstrengungen zu beschaffen sind.

Die Einsatzbereitschaft des CH-53 ist nach wie vor die niedrigste aller fliegenden Waffensysteme der Luftwaffe. Weiter führt

die Wehrbeauftragte auf Seite 59 aus, dass die Rückkehrer aus der einsatzgleichen Verpflichtung ENHANCED FORWARD PRESENCE in Litauen davon berichteten, dass Kameraden aus anderen Ländern sie wegen der Funkgerätelage bei der Bundeswehr belächelt hätten. Es habe dort keinen deutschen Soldaten gegeben, der mit dem dort anzuwendenden Funksystem vertraut gewesen sei oder eine entsprechende Einweisung erfahren habe. Bei internationalen Übungen sei die Bundeswehr mit dem vorhandenen Equipment regelmässig das «schwächste Glied in der Kette».

Bei einem Truppenbesuch beim Kommando Spezialkräfte Marine im Jahr 2021 erfuhr die Wehrbeauftragte, dass deren Festumpfschlauchboote nicht mehr einsatzfähig seien. Dies habe erhebliche Auswirkungen auf Ausbildung und Inübnunghaltung des Kommandos Spezialkräfte Marine. Im Bereich des Wetter- und Kälteschutzanzuges der Marine beklagen Bootsbesatzungen seit 2019 fehlende Kälteschutzanzüge und Helme.

Nachdem das Marinekommando entsprechende Beschaffungsgesuche – für den Wetter- und Kälteschutzanzug Anfang 2019 und für die Helme Anfang 2020 – gestellt hatte, versäumte es das Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr aufgrund eines Büroversehens, die für den Beschaffungsvorgang erforderlichen Informationen bis Ende März 2021 an das Planungsamt der Bundeswehr zu übersenden.

Der Bundeswehr fehlt es seit Jahren an Schiffen, Panzern und Helikoptern,



Die CSU fordere am 26.2.22 eine deutliche Erhöhung des Verteidigungshaushalts.

Luftverteidigung und Kampfflugzeugen. Die Bundeswehr als Streitkräfte eines der wirtschaftlich stärksten europäischen Staaten hat seit Jahren sehr grosse strukturelle Defizite, die weitreichende sicherheitspolitische Konsequenzen haben (könnten).

Die Zukunft der Bundeswehr

Zahlreiche Militärexperten haben angemerkt, dass es vermutlich Jahre dauern werde, bis sich durch die angekündigten 100 Milliarden Euro Sondervermögen für den Verteidigungshaushalt reale Verbesserungen der Kampffähigkeit der deutschen Streitkräfte einstellen werden.

Der Soziologe Wolfgang Streeck, früherer Direktor des Kölner Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung, vergleicht in seinem Beitrag «More of the same» die ukrainische, russische und deutsche Gesellschaft und stellt fest, dass Letztere am wenigsten wehrfähig sei.

Und daran werde auch das jüngst angekündigte Sondervermögen 100 Milliarden Euro nichts ändern, so Streeck, weil es das Ziel verfehlen werde, die «Abwehrbereitschaft der deutschen Gesellschaft gegen einen äusseren Aggressor zu stärken». Gerald Wagner führt aktuell in der FAZ aus, dass militärsoziologisch seit Jahren die Frage «Athen oder Sparta» diskutiert werde: «Welche Gesellschaft ist den aktuellen Herausforderungen der europäischen Sicherheitslage eher gewachsen: Wäre es Athen als Inbegriff eines demokratischen Gemeinwesens mit der republikanischen Gesinnung einer Bürgerschaft, die im Notfall zur Verteidigung ihrer Heimat bereit wäre?

Oder unter dem Schlagwort Sparta eine weitgehend entmilitarisierte Gesell-

schaft von Zivilisten, die sich zum Schutz ihrer postheroischen Kultur auf eine hochprofessionelle Kriegerkaste verlässt, die sich bezüglich ihrer Ausrüstung, ihrer Ideale und ihrer Opferbereitschaft fundamental von der Gesellschaft unterscheidet?»

Nach Angaben des Soziologen Streeck zeigen die Bilder aus dem Krieg in der Ukraine ganz klar: Hier kämpfen Bürger und Bürgerinnen für ihre Heimat.

Der Soziologie Streecks fordert zusammengefasst: «Lernt, dieses Gebiet wieder zu verteidigen. Seid in der Lage, Waffen zu bedienen, anstatt nur Waffen kaufen zu lassen». Unser «konsumeristisches» Leitbild gesellschaftlicher Verteidigung müsste durch ein «kommunitaristisches» abgelöst werden. Streeck entwirft dazu das Bild von «Bürgermilizen», die nach Schweizer Vorbild die Verteidigung ihrer freiheitlichen Gesellschaft an der Seite militärischer Spezialisten buchstäblich selbst in die Hand nehmen.

Allgemeine Dienstpflicht?

Doch wie steht die deutsche Politik und das deutsche Verteidigungsministerium selbst zur Wiedereinführung der Wehrpflicht bzw. zur Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht?

Anfang März 2020 sprachen sich sowohl der Generalinspekteur der Bundeswehr, General Eberhard Zorn, wie auch führende SPD-Politiker klar gegen eine Wehrpflicht aus. «Die Wehrpflicht, so, wie wir sie noch kennen, ist in der jetzigen Situation nicht erforderlich», sagte Generalinspekteur Eberhard Zorn. Die Bundeswehr und ihre Aufgaben hätten sich verändert. «Für den Kampf im Cyberraum, um nur

ein Beispiel zu nennen, sind Wehrpflichtige absolut ungeeignet», erklärte Zorn. «Wir brauchen gut ausgebildetes, in Teilen sogar hochspezialisiertes Personal, um das gesamte Aufgabenspektrum abzudecken.» Der General wies darauf hin, dass eine Entscheidung dieser Tragweite nicht auf die Schnelle getroffen werden könne. «Mit Blick auf eine Umstrukturierung der Bundeswehr wieder hin zu einer Streitkraft, die sich wesentlich auf eine Mobilmachung aus dem Volk heraus abstützt, muss es vorher eine gesamtgesellschaftliche Debatte geben, die deutlich über das Wehressort hinausgeht», sagte er. «Die Vorbereitungen dafür bräuchten dann auch viel Zeit, Kraft und den politischen wie gesellschaftlichen Konsens, dass das sicherheitspolitisch erforderlich ist.»

Führende SPD-Politiker sprachen sich gegen die Wehrpflicht aus. «Eine Reaktivierung der Wehrpflicht leistet keinen Beitrag zum Abbau aktueller Bedrohungen und lenkt von dringlichen Problemen ab», sagte SPD-Generalsekretär Kevin Kühnert. Auch der SPD-Vorsitzende Lars Klingbeil lehnte eine solche Debatte ab.

In einer aktuellen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Insa zu Beginn des Monats März 2022 jedoch sprach sich eine relative Mehrheit der Bundesbürger dafür aus, die allgemeine Wehrpflicht wieder einzuführen. Auf die Frage «Sind Sie für oder gegen die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland?» sprachen sich 47 Prozent der Befragten für eine Rückkehr zur Wehrpflicht aus, 34 Prozent lehnten es ab und 19 Prozent waren unentschlossen oder machten keine Angabe.

Fazit

Wie effizient die 100 Milliarden Euro Sondervermögen sind, wofür und auch wie schnell diese ausgegeben werden, wird die Zukunft zeigen. Ihre Auswirkungen können Monate bis Jahre bis über eine Dekade erfordern. Wird es ein «Weiter so mit etwas mehr und etwas besserer Ausrüstung und Bewaffnung» oder kommt es zu einem «Paradigmenwechsel» der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik?

Diese Frage müsste intensiv und möglichst breit gesellschaftlich diskutiert werden. Danach werden die Politiker und die Wähler darüber entscheiden. 